Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

Rede von Maria Sprenger zum Haushaltsentwurf 2019 in der Kreistagssitzung am 18. 12. 18

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich auch in diesem Jahr herzlich bei Ihnen, Herr Schmitz, bedanken für Ihre solide Arbeit und die Zeit, die Sie investiert haben, unsere vielen Detailfragen bei den Beratungen zu diesem Haushalt angemessen zu beantworten.

Ich sage „solide Arbeit“, weil der Haushalt aus rein finanztechnischer Sicht wirklich solide aussieht, also keine exorbitant neuen Schulden enthält, keine offensichtlichen Tricks und nicht-wie in früheren Jahren schon mal gern „auf Kante genäht“ ist. Rein aus diesem Blickwinkel betrachtet gibt es also nix zu meckern.

ABER: Erstmal möchte ich der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass es zu einem großen Teil die allgemeine Entwicklung der Steuereinnahmen ist, die den Kreishaushalt so gut aussehen lässt.

Und natürlich haben wir inhaltliche Punkte, die uns dieses Mal dazu bringen, den Haushalt abzulehnen. Der Landrat hat in seiner Haushaltsrede den Begriff „nachhaltig“ sehr in den Mittelpunkt gestellt und sich dabei einige Male auf das frisch verabschiedete Leitbild berufen, meine Vorredner ebenfalls.

Nun ist Nachhaltigkeit ja ein sehr dehnbarer Begriff. Sie werden sicher nicht sehr überrascht sein, wenn wir Grünen diesen Begriff etwas anders interpretieren und daraus den Schluss ziehen, dass gerade dieser Haushalt, über den wir heute abstimmen, nicht besonders nachhaltig ist.

Er könnte ganz klar einiges mehr beinhalten, was wirklich nachhaltig wäre. Ich will das anhand von zwei Beispielen deutlich machen:

Beispiel 1:

Sie haben die Frauenberatungsstelle abgelehnt. Der Kollege Derichs hat ja bereits dazu Stellung genommen. Deshalb ergänze ich nur ein wenig. Das Argument, dass bisher nur sehr wenige Frauen die präventive Beratung des Frauenhauses in Anspruch genommen haben, ist äußerst dürftig. Welche Frau, die nicht vorhat, ins Frauenhaus zu gehen, kommt denn auf die Idee, sich dorthin für eine präventive Beratung zu wenden? Prävention gegen was überhaupt? Gegen das „sich verprügeln lassen"? Das steht doch erst am Ende einer Entwicklung, die auf Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen beruht, die wir endlich überwinden müssen!

In nahezu allen 54 NRW-Landkreisen bzw. kreisfreien Städten gibt es deshalb ganz normale Frauenberatungsstellen, von denen keine einzige über mangelnde Nachfrage klagt.

Diese Beratungsstellen arbeiten landauf landab z.T. seit Jahrzehnten daran, Frauen selbstsicherer zu machen, zu bestärken, sich eben nicht nur nicht vermöbeln zu lassen, sondern sich rechtzeitig aus schädlichen Beziehungen zu befreien, einen eigenen, selbstbestimmten Lebensweg zu finden, den Mut aufzubringen, das eigene Leben in die Hand zu nehmen.

Das kommt letztendlich allen zugute. Es ist in der Tat beschämend, da bin ich ganz beim Kollegen Derichs, dass wir im Jahr 2018 eine solche Diskussion überhaupt führen müssen. Und es ist noch beschämender, dass Frauen im Kreis Heinsberg nur ein Minimum an Hilfe zuerkannt wird, und zwar nur dann, wenn das Kind schon im Brunnen ist -also die Frauen bereits Opfer von Gewalt geworden sind.

Wir sind doch eigentlich alle hier, weil wir Ideen davon haben, wie die Welt ein bisschen besser werden könnte.

Eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer frei und gleichberechtigt leben, ist z.B. eine der Ideen, weshalb ich hier stehe. Dabei sind wir im Jahr 2018 immer noch ganz grundsätzlich meilenweit von tatsächlicher Gleichberechtigung entfernt.

Zum Beispiel feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht, wir müssen gleichzeitig beklagen, dass so wenige Frauen wie selten zuvor in den Parlamenten sitzen – ein Blick auf die Mehrheitsfraktion, und schon ist der Beweis geliefert.

Nun weiß ich schon längst, dass alles ziemlich lange dauert, …. die dicken Bretter, Sie wissen schon. Wenn wir aber dann nicht mal winzige Schrittchen machen, die um uns herum schon viele andere erfolgreich tun, ist das einfach ärgerlich. Das gilt für das Thema Frauenberatungsstelle. Das gilt auch für das Thema Globale Verantwortung, insbesondere für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in den internationalen Handelsbeziehungen. Damit komme ich zu Beispiel 2 der fehlenden Nachhaltigkeit in diesem Haushalt:

Klar, wir können hier aus dem Kreis Heinsberg heraus nicht alle negativen Folgen der Globalisierung verhindern.

Aber wir hätten den Kreis zum Fair Trade-Kreis zertifizieren lassen und damit eine kluge und wirksame Initiative umsetzen können, die weltweit bereits viele Städte und Kreise umsetzen.

Dass ich mich mal auf einen CSU-Entwicklungsminister berufen würde, hätte ich nicht gedacht, aber Herr Müller hat es im Gegensatz zur Mehrheit hier im Kreis verstanden: „Der Faire Handel ist ein Vorbild, wie eine bessere Welt aussehen kann: gute Produkte, Arbeit, von der man leben kann, Respekt im Umgang mit der Natur, Bildung, sozialer Zusammenhalt, echte Partnerschaft von Nord und Süd."

Sie haben den Verein HS- ein Kreis hilft ins Feld geführt. Er sei völlig ausreichend als Beitrag des Kreises zu mehr globaler Gerechtigkeit. Das stimmt vorne und hinten nicht.

Dieser Verein ist kein eigenständiger Beitrag des Kreises, es soll gar kein Geld aus dem Kreishaushalt dorthin fließen, es fließt auch gar nicht.

Er ist lediglich als Plattform gedacht, die Arbeit der Hilfsvereine in unserem Kreis zu unterstützen, indem z.B. prominente Menschen bei ihren runden Geburtstagen Spenden sammeln, zahlungskräftige Institutionen materielle Hilfe wie z.B. Werbematerial sponsern und immer wieder vor allem Werbung gemacht wird für die Arbeit, die die Mitgliedsvereine selbst in allen Teilen der Welt leisten. Die angeschlossenen Vereine sind dankbar für jede Unterstützung, denn sie gucken schon lange über den Tellerrand und verstehen die internationalen Zusammenhänge sehr gut. Deshalb kam gerade aus diesen Reihen viel Beifall für unsere Initiative zur Fairtrade-Zertifizierung.

Mit der Ablehnung haben Sie diese engagierten Menschen aus den Kirchen und der Zivilgesellschaft vor den Kopf gestoßen. Das ist nicht nur bedauerlich, dass ist sehr engstirnig und kleinkariert.

Und um nicht als beleidigte Leberwurst dazustehen, gehe ich auf die Art und Weise, wie der Beschluss zustande kam, nicht im Detail ein. Nur so viel: mit dem eben vom Kollegen Reyans lobend erwähnten Stil, hatte das nichts zu tun.

Und dann haben Sie sich nicht mal dazu durchringen können, in einem mickrigen Halbsatz einen Hinweis auf unsere globale Mitverantwortung aufzunehmen. Auch das ist engstirnig und kleinkariert. Das Leitbild ist unterm Strich deutlich wirtschaftslastig, und zwar in der Art, wie wir seit Jahrzehnten Wirtschaftspolitik wahrnehmen, die wir neoliberal nennen und die zum Beispiel solche Entfesselungskünstler wie die Düsseldorfer Landesregierung produziert hat. Dazu habe ich ja schon im vorigen Jahr einiges gesagt, es ist, wie befürchtet, weitergegangen. Straßenbau, Gewerbeflächen, Logistikunternehmen – das sind die Begriffe, die die hiesige Wirtschaftsentwicklung immer noch dominieren.

Hier im Kreis lässt sich derzeit wunderbar besichtigen, was die entfesselungswütige Koalition vorhat: Die von Schwarz-Gelb angestrebte LEP-Änderung, gegen unsere Stimmen im Umweltausschuss und im Kreistag durchgewunken, erlaubt nun auch den Kommunen wieder, dass sich Bau- und Gewerbegebiete weiter gierig in die wenigen noch existierenden Freiräume hineinfressen. Augenmaß? Vernünftige Absprachen unter den einzelnen Kommunen? Fehlanzeige!

Wir finden es extrem unverantwortlich, hier auf Entwicklung wie vor 50 Jahren zu setzen, als gäbe es nicht überdeutliche Anzeichen, dass damit ganz schwer was nicht in Ordnung sein kann. Was das für Folgen hat, können wir seit Jahrzehnten besichtigen: neuer Verkehr wird produziert, neue Infrastruktur z.B. in Form von Straßen wird nötig, die Katze beißt sich weiter in den Schwanz. Das können wir im 21. Jahrhundert eigentlich nicht mehr wollen, geschweige denn verantworten.

Man vergisst offenbar leider zu oft, dass der Kreis Heinsberg durch den Braunkohletageabbau schon mehr als genug gebeutelt ist. Mich als Erkelenzerin ärgert in dem Zusammenhang immer ganz besonders, dass die Folgen, die der Braunkohlewahnsinn in der Region seit Jahrzehnten für die Menschen an den Löchern bedeutet, immer noch nur eine Rolle am Rand spielen. Ich hoffe sehr, dass sich das schleunigst ändert und sozusagen am Tagebaurand endlich Gerechtigkeit stattfindet. Immerhin setzt sich ja dann doch langsam aber sicher die Erkenntnis durch, dass wir mit der unseligen Kohlevorrangpolitik im 21. Jahrhundert nun wirklich nicht mehr weiterkommen. Selbst ein Landrat aus dem Rhein-Erft-Kreis hat da was dazugelernt in der Strukturwandel-Kommission, wenn auch vielleicht nur, sich mit einem frühzeitigeren Kohleausstieg abzufinden.

Ich habe allerdings gewisse Sorgen, wenn ich die Strukturen und bisherigen Themen der Zukunftsagentur und erst recht der Metropolregion sehe. Ob bei der holprigen Metropolregion die Doppelspitze, die nach dem Rückzug des glücklosen Geschäftsführers installiert werden soll, wirklich nützlich ist, bleibt abzuwarten. Aus grüner Sicht ist es zumindest fragwürdig, dass ausgerechnet die IHK einen der beiden wichtigen Posten bekommen soll. Von der Seite ist mir nachhaltige Wirtschaftsentwicklung bisher noch nicht aufgefallen – eher im Gegenteil.

Wir halten es auch für mindestens fragwürdig, wenn auf Landesebene mit dem LEP auch noch einen Frontalangriff auf die Windkraft gefahren wird. Man behindert damit ganz gezielt einen wesentlichen Baustein für die Energieversorgung mit Erneuerbaren, das ist der völlig falsche Ansatz.

Jetzt aber genug geschimpft auf Schwarz-Gelb. Ich möchte lieber noch ein paar Sätze zum Verkehrssektor sagen, den wir von Kreisseite beeinflussen können. ÖPNV ist ja ein Dauerthema. Angesichts der unglaublichen, von uns seit Jahrzehnten immer wieder angesprochenen Probleme, können wir uns den Individualverkehr mit per Verbrennungsmotor betriebenen Fahrzeugen als Standard unserer Mobilität nicht mehr leisten -Sie wissen, was ich meine, ohne dass ich das böse Wort vom Klimawandel näher erläutern muss-. Deshalb wird es umso wichtiger, auch im ländlichen Raum auf andere Mobilitätskonzepte zu setzen. Und zwar umfassend und schnell. Der Solidarpakt der Kommunen dazu muss übrigens auch in Zukunft Bestand haben, das nur am Rande, wir müssen die wirklich sinnvollen Dinge anpacken. Den autonomen Bus zwischen Hückelhoven und Ratheim z.B. sehen wir eher ein Spielzeug. Er taugt nicht ernsthaft für eine Verbesserung im ländlichen Raum. Dagegen sind der Ausbau der Multibus-Angebote nach 22.00 Uhr, mehr Stadtbusse, attraktive Tarife, problemlose Mitnahme von Fahrrädern und E-Bikes in Bussen und der bereits begonnene Ausbau der E-Mobile-Stationen die richtigen Antworten auf die Frage nach einem leistungsfähigen ÖPNV im Kreis. Wenn wir dann im schienengebundenen Nahverkehr den Lückenschluss Linnich-Baal und Hückelhoven-Ratheim sowie von Dalheim nach Roermond vor 2030 hinbekommen, haben wir eine gute Grundausstattung für die Herausforderungen der Zukunft.

Uns ist klar, dass wir im Kreis nur begrenzt eigene Akzente setzen können.

Aber wenn wir nicht einmal diese kleinen Spielräume nutzen, die in diesem Jahr durch die erfreuliche Steuerentwicklung entstanden sind, frage ich mich, was wir denn ernsthaft verändern wollen. Einem Haushalt, der diese kleinen Spielräume nicht nutzt, stimmen wir nicht zu.

Ich möchte mit einem Zitat enden:

Unsere gemeinsame Mutter Natur zeigt ihren Kindern immer deutlicher, dass ihr der

Geduldsfaden gerissen ist.

Diesen Satz vom Dalai Lama finde ich im Jahr 2018 leider hochaktuell. Er soll uns aber nicht deprimieren, sondern anspornen.

In diesem Sinne wünsche ich uns für 2019 eine gute und kollegiale Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, damit wir gemeinsam das Machbare auf den Weg bringen, den gerissenen Geduldsfaden wieder zu flicken.

Frohe Weihnachten!